



## Marianne Burkert-Eulitz

MITGLIED DES ABGEORDNETENHAUSES  
VON BERLIN

Grüne Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus  
Niederkirchnerstraße 5, 10111 Berlin

### Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin

Stadträtin für Weiterbildung, Schule, Kultur  
und Sport

Frau Cornelia Flader

**Per E-Mail: [cornelia.flader@ba-tk.berlin.de](mailto:cornelia.flader@ba-tk.berlin.de)**

## Abgeordnetenhaus von Berlin

Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin

Tel.: 030 2325 2461

Fax: 030 2325 2409

### Dein Grünes Büro (Wahlkreis)

Wrangelstr. 92, 10997 Berlin

Tel.: 030 5210 1794

[marianne.burkert-eulitz@gruene-fraktion-berlin.de](mailto:marianne.burkert-eulitz@gruene-fraktion-berlin.de)

Berlin, 15. April 2020

### Offener Brief: Sophie-Brahe-Schule nicht zerschlagen, Inklusion weiter möglich machen!

Sehr geehrte Frau Stadträtin Flader,

ich wende mich heute mit diesem offenen Brief an Sie, weil Sie seit längerer Zeit ganz offensichtlich das Ziel verfolgen, die seit vielen Jahren erfolgreich arbeitende Sophie-Brahe-Schule als Standort für eine Gemeinschaftsschule aufzugeben und dies, obwohl die Schule selbst und die demokratischen Gremien Ihres Bezirkes anders entschieden haben.

Diese Entscheidung ist angesichts der dort gewachsenen Schüler\*innenschaft und der allseits als positiv bewerteten Erfahrungen unverantwortlich!

Die Gemeinschaftsschulen sind wie keine andere Institution in unserer Stadt ein Ort für gelebte Inklusion. Hier lernen Kinder miteinander völlig unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Hintergrund und ihrer persönlichen wie körperlichen Entwicklung. Gemeinschaftsschulen bieten echte Chancen für eine gesellschaftliche Teilhabe und eine zusammengewachsene Stadtgesellschaft. Nur, wenn solche Angebote bestehen, wird es uns gelingen, die Spaltungstendenzen in unserer Gesellschaft nachhaltig einzudämmen.

Bereits seit Bestehen der ersten Kooperation im Jahr 2008 ist die heutige Sophie-Brahe-Schule ein gelungenes Beispiel für das Gelingen des Systems Gemeinschaftsschule. Über 10 Jahre gelungene Arbeit an und mit den Schüler\*innen und eine nicht abnehmende Popularität bei den Eltern – der Erfolg der Sophie-Brahe-Schule gibt dem Kollegium eindeutig darin Recht, dass das Konzept funktioniert. Die pädagogische Arbeit und ihre Erfolge sprechen also für sich; das ist weithin anerkannt.

Nun kann man über Inklusion in der Schule vortrefflich streiten. Die rot-rot-grüne Koalition auf Landesebene ist mehrheitlich für die Inklusion, große Teile der Fraktion Ihrer Partei sind dagegen.

Worüber jedoch nicht gestritten werden kann und darf ist die Tatsache, dass über 80% der Eltern der an der Sophie-Brahe-Schule beschulten Kinder sich ausdrücklich für eine Fortsetzung des Gemeinschaftsschulbetriebes ausgesprochen haben und sich auch im Lehrkörper eine deutliche Mehrheit hierfür ausgesprochen hat.

Nicht zuletzt möchte ich auch daran erinnern, dass die Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick sich in ihrer Sitzung am 31. Januar 2019 **einstimmig**, also auch mit den Stimmen der CDU-Verordneten, für eine Fortsetzung des Gemeinschaftsschulbetriebes ausgesprochen hat.

Sollten Sie sich, Frau Stadträtin, also dafür entscheiden, weiterhin die Zerschlagung der Sophie-Brahe-Gemeinschaftsschule voranzutreiben, ignorieren Sie damit den Willen des pädagogischen Personals, der Eltern und ganz gewiss auch ihrer Kinder und setzen sich über die Beschlüsse der gewählten Vertreter\*innen der Bevölkerung Treptow-Köpenicks hinweg. Durch dieses Vorgehen schmälern Sie in erheblicher Weise das Ansehen politischer Vertreter\*innen in der Gesamtbevölkerung und erweisen so unserem demokratischen Gemeinwesen einen Bärendienst.

Noch viel stärker wiegt aber die Tatsache, dass durch eine Auflösung des Gemeinschaftsschulstandortes viele Kinder einer sehr ungewissen Zukunft überlassen werden, da sie an anderen Schulen entweder bisher bereits nicht beschult werden konnten oder aber bei einem Schulwechsel nicht beschulbar wären.

Ich möchte daher nachdrücklich an Sie appellieren, keinesfalls die Axt an die Sophie-Brahe-Schule zu legen und dem Beschluss der BVV nachzukommen.

Die Zukunft der Schüler\*innen muss oberste Priorität haben und darf keinesfalls leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden.

Mit freundlichen Grüßen



Marianne Burkert-Eulitz, MdA